

Die erste globale Verfassungsreform seit 1868

Interview mit Paul-Henri Meyers (CSV), Präsident der parlamentarischen Kommission für Institutionen und Verfassungsrevision

1999 hat die Abgeordnetenkammer die Verfassung für fast komplett revisionsbedürftig erklärt. Nur die Bestimmungen, die die Rolle des Großherzogs betreffen, wurden damals ausgespart. Im jetzt vorgelegten Verfassungsentwurf beziehen sich die wesentlichsten Änderungen gerade auf die Rolle des Großherzogs. Wie kam es dazu, dass diese Änderungen, die schon lange in der Diskussion waren, jetzt doch vorgenommen werden sollen?

Paul-Henri Meyers: Erlauben Sie mir, einen Blick zurückzuwerfen. Es handelt sich bei diesem Reformvorschlag um die erste Initiative für eine globale Verfassungsreform seit 1868, die zu einem Ergebnis kommt. Vorher gab es bereits zwei Initiativen. Die erste wurde vor dem Ersten Weltkrieg von dem Abgeordneten Michel Welter, die zweite unter der Regierung Santer-Krieps in den 1980er Jahren unternommen. Es ist interessant, in diesen Dokumenten nachzuschlagen, denn damals sind bereits eine ganze Reihe Ideen vorgelegt worden, die wir jetzt übernommen haben, insbesondere auch solche, die den Großherzog betreffen. Aber aus den dazu verfassten Gutachten hat die Abgeordnetenkammer nie die Konsequenz einer globalen Reform gezogen.

In den 1990er Jahren haben wir dann eine wesentliche Änderung eingeführt durch die Schaffung eines Verfassungsgerichts. Das führte dazu, dass eine Reihe von Texten überprüft werden mussten, da sich im Rahmen von Ge-

richtsurteilen herausstellte, dass einige Gesetze nicht verfassungskonform waren. Nun hat dies komischerweise nicht dazu geführt, dass die Gesetze abgeändert wurden, sondern die Verfassung; das Grundgesetz wurde angepasst. Die

Die strikte Auslegung der Verfassung durch das Verfassungsgericht hat gezeigt, dass unser Grundgesetz in einzelnen Punkten nicht mehr den modernen Auffassungen der staatlichen Rechtsordnung entspricht.

strikte Auslegung der Verfassung durch das Verfassungsgericht hat gezeigt, dass unser Grundgesetz in einzelnen Punkten nicht mehr den modernen Auffassungen der staatlichen Rechtsordnung entspricht. Es war demzufolge richtig, eine globale Reform in Angriff zu nehmen, um in einzelnen Bereichen politisch handlungsfähig zu bleiben.

Allerdings befanden wir uns 1999 noch in der alten Prozedur zur Verfassungsrevision. Die Abgeordnetenkammer musste alle reformbedürftigen Artikel nennen, hat aber diejenigen über den Großherzog nicht berücksichtigt. Als ich 1999 Mitglied der Verfassungskommission wurde, waren wir schnell mit unseren Bemühungen am Ende, weil

wir uns noch in der alten Prozedur befanden. Wir haben festgestellt, dass wir bei einer generellen Verfassungsrevision nicht daran vorbeikamen, auch die Rolle des Großherzogs mit einzubeziehen, da die Textstellen über den Großherzog alle Gewalten betreffen. Man konnte nichts an der legislativen Prozedur ändern, wenn man den Großherzog ausklammerte. Alle Gerichtsurteile werden in seinem Namen gesprochen. Die Frage stellt sich sogar im Zusammenhang mit der Regierung, da der Großherzog immer noch der Chef der Exekutive ist.

Wir haben dann das gemacht, was die Regierung 1999 angekündigt hatte, d. h. wir haben zwei Änderungen vorgenommen: einerseits haben wir die Bestimmungen über die Verordnungsgewalt, andererseits die Prozedur für eine Verfassungsänderung, Artikel 114, modifiziert. Somit wurde der Weg frei für eine Gesamtrevision, die den Großherzog nicht mehr ausschloss. Die jetzige Kommission hat danach damit begonnen, Artikel für Artikel zu überprüfen. Die Änderungsvorschläge betr. Großherzog und Regierung waren eigentlich schon vor Dezember 2008 fast ausgereift. Ich muss allerdings zugeben, dass die Ereignisse von Dezember 2008 dazu geführt haben, dass noch ein paar Artikel zusätzlich geändert wurden. Die Frage stellt sich, ob dies jetzt das Ende ist und ob unsere Überlegungen nicht noch zu weiteren Konsequenzen führen müssten. Das sei jetzt dahin gestellt.

In Ihrem Vorschlag wird das Prinzip der Gewaltenteilung strenger gewahrt: Der Großherzog, der bisher an allen drei Gewalten beteiligt war, wird auf die Exekutive beschränkt und hat nichts mehr mit der Legislative noch mit der Judikative zu tun. Wer soll in Zukunft diese Funktionen übernehmen?

P.-H. M.: Nehmen wir die Legislative. Gesetzesprojekte werden bisher im Namen des Großherzogs in die Abgeordnetenversammlung eingebracht. Diese Rolle übernimmt in Zukunft die Regierung, da sie diese Texte ausarbeitet. Zweitens muss der Großherzog die Gesetze jetzt nicht mehr sanktionieren. Diese Vollmacht muss niemand übernehmen, da ein Gesetz mit der Abstimmung in der Abgeordnetenversammlung in Zukunft endgültig beschlossen sein wird. Der Großherzog wird sich jetzt nicht mehr mit einem Gesetz einverstanden erklären müssen, denn wenn ein Gesetz vom Parlament angenommen ist, dann ist es endgültig. Nach der Abstimmung übergibt der Präsident der Abgeordneten-

kammer das Gesetz der Regierung „aux fins de promulgation et de publication“.

Auch der Umstand, dass die Gerichtsurteile im Namen des Großherzogs gefällt wurden, hat nach außen ein falsches Bild vermittelt. Ein unvorbereiteter Leser der Verfassung konnte dadurch den Eindruck gewinnen, unsere Richter würden nicht unabhängig arbeiten. Um die Gewaltenteilung noch stärker zu betonen, haben wir in einem neuen Artikel hinzugefügt, dass die Richter unabhängig arbeiten. Beim Urteil ändert sich nichts, außer dass die Formel, nach der das Urteil im Namen des Großherzogs verkündet wird, entfällt.

Wie verhält es sich mit der Exekutive? Bewahrt der Großherzog seine Funktionen oder wird er auch dort in seinen Rechten eingeschränkt?

P.-H. M.: Bei der Exekutive gehen einige Funktionen des Großherzogs an die Regierung über. Die Verkündung und Veröffentlichung der Gesetze übernimmt die Regierung. Der Großherzog ist auch

nicht mehr in die Ernennung auf zivile und militärische Posten und der Richter eingebunden. Die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen („règlements grand-ducaux“) bleiben allerdings bestehen. Es mag überraschend klingen, dass der Großherzog keine Gesetze mehr unterschreiben soll, aber noch die Ausführungsbestimmungen. Diese wird er jedoch als Mitglied der Exekutive unterschreiben.

Besteht dann nicht trotzdem die Gefahr, dass wir erneut in eine Situation wie im letzten Jahr geraten? Könnte der Großherzog die Ausführung eines Gesetzes blockieren, indem er ein „règlement grand-ducal d'exécution de la loi“ nicht unterzeichnet?

P.-H. M.: Dazu gibt es Einiges zu sagen. Allgemein ist das eine Sache zwischen der Regierung und dem Großherzog. Wir haben jedoch im Kapitel über die Regierung Artikel 99 Paragraph 2 so formuliert, dass der Großherzog unserer Meinung nach nicht mehr ablehnen kann: „Le Conseil de Gouvernement arrête les textes des règlements et arrêtés grand-ducaux à signer par le Grand-Duc.“ Sollte der Großherzog seine Unterschrift dennoch verweigern, dann haben wir eine Krise zwischen Regierung und Großherzog. Ob man es darauf ankommen lässt, wird die Zukunft zeigen. Zweitens muss man festhalten, dass ein vom Parlament angenommenes Gesetz auf jeden Fall auszuführen ist, egal ob mit oder ohne „règlement grand-ducal“. Es gibt diesbezüglich auch Urteile der Gerichtsbarkeiten. Für den Fall, dass ein Gesetz eine Ausführungsbestimmung vorsieht, diese aber nicht erlassen wird, hat die Verwaltungsgerichtsbarkeit bestimmt, dass das Gesetz ausgeführt werden muss und ein Richter festlegt, wie das Gesetz anzuwenden ist.

Der Großherzog bleibt unantastbar. Wie ist dies mit dem Gesetz vereinbar, durch das Luxemburg dem internationalen Gerichtshof beigetreten ist?

P.-H. M.: Dieses Problem wurde gelöst, als unser Land im Jahr 2000 das Abkommen über den internationalen Gerichtshof verabschieden wollte. Hierzulande genießen nicht nur der Staatschef, sondern auch die Abgeordneten Immunität, die es ihnen erlaubt hätte, nicht vor diesem Gericht zu erscheinen. Deswegen haben wir damals den Artikel 118 in die Verfassung hinzugefügt: „Les dispositions de la Constitution ne font pas obstacle à l'approbation du Statut de la



Cour Pénale Internationale.“ Die internationalen Konventionen stehen, nach Luxemburger Rechtsauffassung, in der Hierarchie der Rechtsnormen über der luxemburgischen Verfassung.

Was bedeutet die Unantastbarkeit in der Praxis?

P.-H. M.: Die Unantastbarkeit bedeutet, dass der Großherzog z. B. für die Folgen eines „règlement grand-ducal“ oder eines Gesetzes nicht haftbar gemacht werden kann. Verantwortlich sind die Minister, die gegenzeichnen. Wir haben in der Kommission über diese Bestimmung diskutiert, denn man muss sich die Frage stellen, ob sie auf ewig Stand hält oder ob man sie nicht relativieren oder einschränken müsste. Wir haben auch geprüft, wie sich die Situation für andere Staatshäupter darstellt, und festgestellt, dass die Regelungen vergleichbar sind. Wir schließen jedoch in unserem Kommentar nicht aus, dass man die Unantastbarkeit überprüfen und eventuell neu definieren muss. Natürlich kann der Großherzog nicht verantwortlich gemacht werden für einen politischen Akt, aber auf lange Sicht wird es auch nicht möglich sein, dass er überhaupt nicht für eine Straftat angeklagt werden kann. Meiner Meinung nach muss dieser Punkt überdacht werden.

Wie sieht es denn mit der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit des Großherzogs aus? Bisher musste er jede seiner Reden dem Premierminister vorlegen, der die politische Verantwortung trägt. In anderen Ländern beispielsweise spielt der Staatshäupter die Rolle des Gewissens der Nation und kann dadurch auch eine kritische Haltung gegenüber politischen Entwicklungen äußern. Wäre dies mit der neuen Rolle, die dem Großherzog in dieser Vorlage zugeschrieben wird, denkbar?

P.-H. M.: Ich denke nicht. Man darf auch nicht einen Staatshäupter, der auf der Basis einer Thronfolgeregelung an die Spitze seines Staates gelangt, mit einem gewählten Präsidenten vergleichen. Wenn wie in Deutschland der Präsident von der Bundesversammlung gewählt wird, dann ist er ein politischer Mandatsträger und hat demzufolge andere Vollmachten als bei uns. Wir haben darüber diskutiert, ob man den Großherzog aller Funktionen entbinden, ihm aber z. B. bei einem neuen Gesetz erlauben soll die Frage zu stellen, ob ein Gesetz der Verfassung widerspreche, um dann ein

Gutachten beim Verfassungsgericht einholen zu können. In die Richtung sind wir nicht gegangen, da das Verfassungsgericht ein Juridiktionsorgan ist und keines, das Beratungsfunktionen hat. Damit hätten wir dem Verfassungsgericht eine zusätzliche Aufgabe auferlegt, was zu diesem Zeitpunkt von den politischen Parteien nicht gewollt war.

An sich ist diese Überprüfung ja jetzt schon Aufgabe des Staatsrats. Seine Rolle wurde in dieser Vorlage nicht verändert?

P.-H. M.: In diesem Text nicht.

Natürlich kann der Großherzog nicht verantwortlich gemacht werden für einen politischen Akt, aber auf lange Sicht wird es auch nicht möglich sein, dass er überhaupt nicht für eine Straftat angeklagt werden kann.

Wie sieht es mit der Position des Premierministers aus? Die Regierung hatte ihren eigenen Vorschlag eingereicht, um ihre Rolle neu zu definieren. Der ist aber weitgehend zurückgewiesen worden, insbesondere auch der darin enthaltene Wunsch, dem Premierminister eine Vorrangstellung in der Regierung zu übertragen.

P.-H. M.: Es gab in der Verfassungskommission keinen Konsens über den Vorschlag der Regierung. Wir haben lange, auch mit Vertretern der Regierung, inklusive mit dem Premierminister, über diese Fragen diskutiert. Der Premierminister hat seinen Text verteidigt. Die Kommission war aber der Meinung, dass diese Vorschläge eine wesentliche Änderung darstellen erstens innerhalb der Regierung und zweitens, was die Rolle des Premierministers im ganzen politischen Gefüge betreffen würde. Man würde damit dem Premierminister eine Rolle zugestehen, die ihn über die anderen Minister erheben würde. Das könnte in einem Land, das mit Koalitionsregierungen funktioniert, Konfliktstoff mit sich bringen.

Was war in diesem Zusammenhang der Wunsch des Premierministers?

P.-H. M.: Der Premierminister war der Ansicht, dass eine Aufwertung seiner Rolle es erlauben würde, die Aktionen in der Regierung besser zu koordinieren.

Auch könnte er dann bestimmen, wer Minister würde, während er heute die Minister von den Parteien aufgedrängt bekommt. Im anderen Fall wäre es an ihm, dem Großherzog die Minister vorzuschlagen. Es ist verständlich, dass die Parteien sich diese Macht nicht haben nehmen lassen wollen. Als weiteres Argument führte er an, dass er im Falle der Amtsunfähigkeit eines Ministers nicht warten könne, bis eine Partei die Person ersetzt. Da müsse er die Vollmacht haben, dem Großherzog vorzuschlagen, diese Person aus ihrem Amt zu entlassen. Ich hatte eine Zwischenlösung vorgeschlagen: Die Minister werden vom Großherzog ernannt, aber der Premierminister kann ihm vorschlagen, einen Minister zu entlassen. Dem wurde entgegen gehalten, dass eine solche Regelung den Parallelismus störe.

Der deutsche Bundeskanzler hat eine Weisungsbefugnis. Wurde darüber nicht diskutiert?

P.-H. M.: Doch. Das hätte bedeutet, dass der Premierminister wie in Spanien und in Deutschland zuerst sein Programm vor der Abgeordnetenkammer vorstellt und dann ankündigt, wer Minister wird. Das gäbe dem Premierminister natürlich eine Rolle, die in einem Land wie Luxemburg weit über das hinausgeht, was bis jetzt üblich war. Das wäre eine wirklich sehr wichtige Änderung im Gefüge der politischen Institutionen. Die Parteien waren nicht bereit, auf diesen Weg zu gehen.

In der Praxis sieht es doch so aus, als ob der Premierminister eine stärkere Position inne hat als die übrigen Minister?

P.-H. M.: Ja, doch das hängt von den Persönlichkeiten ab. Man kann die Situation von heute, die von einer starken Persönlichkeit geprägt ist, nicht mit früheren vergleichen. Wir hatten in der Vergangenheit Premierminister, die sich nicht so massiv in den Mittelpunkt stellten und Kritik leichter geduldet haben. Es gab welche, die haben dies auf eine galantere und flexiblere Art und Weise gemacht.

Ich kann mir vorstellen, dass ein Pierre Frieden als Premierminister nicht so aufgetreten ist.

P.-H. M.: Nein, und Pierre Werner auch nicht. Pierre Werner war viel zurückhaltender. Sogar Jacques Santer. Wenn man die anderen betrachtet, dann haben wir

heute eine außergewöhnliche Situation. Und man soll nicht von der heutigen Situation aus einen Text schreiben.

Neu ist trotzdem, dass der Premierminister in der Verfassung einen Platz bekommt. In Zukunft ernennt der Großherzog den Premierminister, den Vize-Premierminister und die anderen Minister. Bisher steht in der Verfassung: „Le Grand-Duc organise son gouvernement.“ Diese Formulierung ist nicht mehr zeitgemäß. Die Regierung wollte noch weiter gehen und beispielsweise festhalten, wie die Zuständigkeitsbereiche innerhalb der Regierung verteilt werden. Diese Vorschläge haben wir nicht akzeptiert, denn damit hätten wir die Gewaltentrennung gestört. Die Regierung soll intern selbst bestimmen, wie sie sich organisiert. Das braucht nicht in der Verfassung festgehalten zu werden. Neu ist auch, dass wir den Regierungsrat in der Verfassung erwähnen. Die Vollmachten der Regierung sind in dieser Textvorlage wesentlich aufgestockt worden.

Sind die Änderungen im Zusammenhang mit der Rolle des Großherzogs im Einvernehmen mit diesem formuliert worden?

P.-H. M.: Nein. Dies sind Texte der Abgeordnetenversammlung und die Abgeordnetenversammlung hat keinen direkten Kontakt zum Großherzog. Alle Kontakte laufen über den Premierminister. Dieser kam in den letzten Jahren mehrmals in die Kommission, wo wir dann die Entwürfe mit ihm durchgegangen sind. Wie die Beziehungen zwischen Regierung, Premierminister und Großherzog verlaufen, dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Das einzige, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass der Großherzog schon 1999 in seiner Rede vor der Abgeordnetenversammlung erklärte, dass bei der Thronfolge endlich die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau eingeführt werden müsse. Das entspricht einem internationalen Abkommen von New York von 1989. 1999, als wir diese Frage aufwarfen, meinte die Regierung, diese Frage liege nicht in ihren Zuständigkeitsbereich und der Großherzog müsse in diesem Zusammenhang seinen Familienpakt ändern. Die Verfassungskommission war der Meinung, dass alle Bestimmungen über die Thronfolge im Grundgesetz festgelegt werden sollen.

Welche inhaltlichen Neuerungen gibt es bei den Grundrechten?

P.-H. M.: Als Erstes ist zu erwähnen, dass wir in einem ersten Artikel, wie in der europäischen Charta der Grundrechte, festhalten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist für mich so etwas wie ein Eckstein. Das bringt einen Mehrwert. Außer Freiheit, Gleichheit usw. ist die Würde des Menschen ein zusätzliches Element, das eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg klarer erkannt wurde. Neu ist zweitens, dass niemand der Folter oder anderen unmenschlichen Strafen ausgesetzt werden darf. Wir haben dann den Artikel über das Briefgeheimnis, über den wir

Die Vollmachten der Regierung sind in dieser Textvorlage wesentlich aufgestockt worden.

uns schon seit Jahrzehnten streiten, geändert. Artikel 27 sieht jetzt vor, dass jede Form privater Kommunikation unantastbar ist. Neu ist auch ein Text über das Recht auf eine angemessene Wohnung, nicht als einklagbares Recht, sondern als politische Zielsetzung. Auch in Zukunft kann sich niemand an den Staat wenden und eine Wohnung verlangen, wie das etwa auch für das Recht auf Arbeit gilt. Der Mehrwert besteht darin, dass der Staat jetzt verpflichtet ist dafür zu sorgen, dass genügend Wohnungen geschaffen werden.

Dann haben wir die luxemburgische Sprache in der Verfassung verankert mit einer Formulierung, von der wir denken, dass sie jeden zufrieden stellt. Man kann nicht, wie vom ADR gefordert, schreiben: „La langue nationale des Luxembourgeois est le luxembourgeois.“ Dann könnten alle diejenigen, die Luxemburger werden wollen, sagen, das ist eure Sprache, aber nicht die unsere. Hätten wir einen solchen Satz einbringen wollen, hätten wir es machen müssen wie in Frankreich: „La langue du Grand-Duché est le luxembourgeois.“ Es ist eine Sprache für alle Bewohner und nicht nur für die Luxemburger. Was hätten wir aber dann mit dem Gesetz von 1984 gemacht, in dem steht, dass Luxemburgisch, Deutsch und Französisch Verwaltungssprachen sind? Wenn wir festhalten, dass das Luxemburgische die Sprache der Luxemburger ist, dann ist dies eine „règle juridique supérieure“.

Man hätte die anderen Sprachen streichen müssen, oder man hätte hinzugefügt, dass Französisch und Deutsch auch Verwaltungs-, Gerichts-, Unterrichtssprachen usw. wären.

Sie haben 2007 den Naturschutz in der Verfassung verankert. Wieso wird der Denkmalschutz nicht in die Verfassung eingeschrieben?

P.-H. M.: Wenn wir eine Formulierung verwenden wie beim Tierschutz, habe ich damit kein Problem. Der Naturschutz hat durch diesen Schritt einen Wert erlangt, den er ohne die Verfassung vielleicht nicht hätte. In dem Sinne könnte man auch den Denkmalschutz oder einen Artikel über die Kultur einschreiben. Aber es wäre schon ein Erfolg, wenn wir ein besseres Denkmalschutzgesetz hätten.

Bei der Präsentation der Vorlage haben eine Reihe Politiker bedauert, dass die Trennung von Kirche und Staat nicht klarer definiert wurde. Tatsächlich sind die Artikel 19 bis 22 unverändert geblieben. Trotzdem hat Frau Colette Flesch gegenüber RTL erklärt, man habe wenigstens erreicht, dass das Konkordat von 1801 endgültig außer Kraft gesetzt worden ist. Woraus kann man diesen Schluss ableiten?

P.-H. M.: Frau Flesch hat dies aus der Abschaffung des jetzigen Artikels 119 gefolgert: „En attendant la conclusion des conventions prévues par l'art. 22, les dispositions actuelles relatives aux cultes restent en vigueur.“ Die in Artikel 22 erwähnten Konventionen sind mittlerweile abgeschlossen. Somit ist Artikel 119 eigentlich schon seit zehn Jahren nicht mehr anwendbar.

Was war der Verfassungswunsch der anderen Parteien in puncto Trennung von Kirche und Staat?

P.-H. M.: Keine von den anderen Parteien hat einen Text vorgelegt, wie man die Trennung von Kirche und Staat hätte ändern sollen.

Wurde der Artikel 23 zur Schule auch modifiziert?

P.-H. M.: Ja, die Begriffe wurden verändert: Wir haben „instruction primaire“ durch „enseignement fondamental“ ersetzt. In Paragraph 3 steht bisher, dass das Gesetz alles, was das Bildungswesen betrifft, regeln würde. An dieser Stelle haben wir nun im neuen Artikel 32 hinzugefügt: „elle règle quant au principe

ce qui est relatif à l'enseignement". Das ist eine wesentliche Änderung, die der Regierung und dem zuständigen Minister mehr Spielraum gibt.

Beim Universitätsgesetz von 2004 stellte sich im ersten Entwurf ein verfassungsrechtliches Problem. Während im Ausland die Universitäten in der Regel zuständig sind, um die Studienordnung zu erlassen, etwa für das Promotionsstudium, hieß es, dies sei in Luxemburg nicht möglich, da der Staat alle diese Fragen regelt. Also musste das Universitätsgesetz die Studienordnungen einem „règlement grand-ducal“ überlassen. Das schränkt die Autonomie der Universität wesentlich ein. Damals wurde gesagt, die Verfassung könnte irgendwann in diesem Punkt abgeändert werden. Diese Änderung scheint nicht stattgefunden zu haben.

P.-H. M.: Doch. Bislang steht im Text: „la loi règle pour le surplus tout ce qui est relatif à l'enseignement.“ Die Verfassungsvorlage aber besagt: „la loi règle quant aux principes.“ Man könnte also das Prinzip einbringen, dass die Universität sich selbst um die Hochschulbildung kümmern soll. Es gab 2004 bereits eine weitere Änderung, die nach dem Universitätsgesetz in die Verfassung eingefügt wurde, und zwar in Artikel 108bis zu den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Die Universität ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. D.h. wenn wir den neuen Artikel über das Bildungswesen und den Artikel 108bis, das ist in der neuen Vorlage Artikel 138, miteinander verbinden, dann kann die Universität diese Fragen selbst regeln. Dazu müsste aber noch das Universitätsgesetz geändert werden.

Eine andere Frage. Es heißt: „La souveraineté réside dans la nation.“ Aber wer ist die Nation?

P.-H. M.: Wer ist das Volk? Nation und Volk sind zwei juristisch kaum fassbare Begriffe. Es gibt weder eine Definition zu Nation noch zu Volk. Wer ist das luxemburgische Volk? Fallen darunter alle Bewohner oder nur die Luxemburger? Beispielsweise hatten 1848 viele Menschen überhaupt keine politischen Rechte. Da hätte man sagen müssen, die Souveränität liegt bei den Wählern. Wir konnten keinen Unterschied mehr erkennen und haben daher den Begriff der Nation beibehalten.

Die Revisionsprozedur wurde, wie Sie vorhin erklärt haben, 2003 abgeändert. Der



Staatsrat hatte in der Folge auf das Risiko einer Banalisierung der Verfassung hingewiesen. Hier wurde jetzt ein großer Wurf gemacht. Muss man diese vereinfachte Prozedur dann in Zukunft noch beibehalten oder sollte man zurückkommen zu der aufwendigeren Prozedur?

P.-H. M.: Die Änderung von 2003 hatte mehrere Gründe. Einer davon war, dass wir in der Vergangenheit ein paar Mal gezwungen waren Änderungen vorzunehmen, um internationale Konventionen umzusetzen. Wir haben daher die vereinfachte Prozedur eingeführt mit dem Zusatz, dass man jedoch auch ein Referendum beantragen kann. Ich glaube nicht, dass wir zur alten Prozedur zurückkehren.

Die CSV fordert in ihrem Wahlprogramm ein Referendum über diese Verfassungsvorlage. Was sind die Motive für diese Forderung?

P.-H. M.: Die Verfassung ist das Grundgesetz. Es ist der Text, auf dem die Organisation des Staates und der Grundrechte basiert. Wir haben die alte Prozedur abgeschafft und die neue

eingeführt mit dem Referendums-Zusatz. Wenn man die gesamte Verfassung ändert, meinen wir, dass es legitim ist, den Wähler um sein Einverständnis zu fragen. Die zweite Überlegung ist vielleicht eher wahltaktischer Natur. Der jetzige Artikel 114 sieht das Referendum vor. Wir finden es richtiger, wenn das Referendum von 16 Abgeordneten beantragt würde, als wenn man diese Forderung einem Initiativkomitee von ein paar Leuten überließe. Es haben sich jetzt ein paar Parteien in diesem Sinne ausgesprochen. Die Frage ist jedoch nicht unumstritten innerhalb der Parteien. Man muss den Menschen alle Änderungen erklären. Auch deshalb haben wir gerade zu diesem Zeitpunkt diesen Vorschlag gemacht, um die Verfassungsrevision im Rahmen der Wahlkampagne thematisieren zu können.

Vielen Dank für das Gespräch. ♦

(Das Interview fand am 23.4.2009 statt. mp/LH)